

Die FGTB informiert

## **Die Rentenreform der "Schwedenkoalition" ist der Weg des "Jeder für sich"**

**Stéphane BALTHAZAR, Wirtschaftswissenschaftler bei der Stiftung André Renard**

Ein Artikel der Online-Zeitschrift [www.dautresreperes.be](http://www.dautresreperes.be)

Seit ihrer Einsetzung Ende 2014 hört die Regierung Michel (oft "Schwedenkoalition" genannt) nicht auf, sozio-ökonomische und Haushaltsmaßnahmen zu ergreifen, welche die öffentlichen Dienste und die soziale Sicherheit schwächen. Und als Konsequenz die Finanzierungsmechanismen der zwischenmenschlichen Solidarität. Als Beweis: letzten Oktober hat die Regierung einen Haushaltsentwurf vorgestellt, der zusätzliche Anstrengungen in Höhe von 3 Milliarden Euro in 2017 erfordert.

Ein Haushalt der tief ungerecht ist, denn die hauptsächlichen Maßnahmen, die die "Schwedenkoalition" vorsieht, entsprechen neuen Einsparungen (davon 1,4 Milliarden nur bei den Ausgaben für Gesundheit und Soziales!). Haushaltsentscheidungen, die ganz klar zu Ungunsten der niedrigen und mittleren Einkommen, der Sozialhilfeempfänger, der sozialen Sicherheit, der öffentlichen Dienste im Allgemeinen sind. Und die sicher Einfluss auf den Wohlstand zahlreicher Rentner haben werden.

Und als ob diese ungerechten und unausgeglichenen Maßnahmen nicht genügten, hat der föderale Pensionsminister (Daniel Bacquelaire, MR) diskret und mit Nachdruck (weil er zutiefst liberal ist und die "Schwedenkoalition" hofft, den föderalen Haushalt bis 2018 ins Gleichgewicht zu bringen) - ohne die Sozialpartner wirklich zu konsultieren - nicht aufgehört die legalen Rentenregimes in Belgien abzuändern - und zu schwächen, seit er 2014 seine Funktion aufnahm. Und dabei an der Förderung der Mechanismen der privaten Renten (Gruppenversicherung, Pensionssparen, Lebensversicherung) zu arbeiten und an seine Absicht zu erinnern, eine freiwillige individuelle Zusatzrente einzusetzen (ab dem 1. Januar 2018). Ein Nonsens!

### **Die Methode Bacquelaire: eine Mischung aus Verrat und gewaltsamem Durchbruch**

Um die Rentenregimes zu reformieren und das Gefühl zu geben, die Gutachten und Positionen der hauptsächlichen Sozialpartner "konsultiert / berücksichtigt" zu haben, hat D. Bacquelaire "Schutz gesucht" hinter dem letzten großen Bericht der Expertenkommission<sup>1</sup>, die beauftragt war, Wege für eine ausgewogene und strukturelle Rentenreform aufzuzeigen. Heute jedoch fühlen die Experten sich doppelt betrogen und haben es sofort und ohne Einschränkung dem liberalen Minister...und den Medien mitgeteilt.

Seit er 2014 seine Funktion aufnahm, hört Minister Bacquelaire nicht auf, die legalen Rentenregimes zu verändern und an der Förderung der Mechanismen der privaten Pensionen zu arbeiten.

**Erstens.** Weil der Eckstein ihres Berichtes - nämlich die Einrichtung eines sogenannten Pensionsmechanismus "nach Punkten", zusammen mit spezifischen Schutzmaßnahmen für die Arbeitnehmer - durch den Pensionsminister abgelehnt wurde. Ein Verrat, den der liberale Minister abstreitet, denn es ist ihm sehr geschickt gelungen (man muss es anerkennen), sich auf mehrere Hauptelemente zu stützen, die explizit durch die Expertenkommission empfohlen wurden, um seine Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Renten zu formulieren. Insbesondere die folgenden Elemente:

- Die Verschiebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre;

- Die Entwicklung der zusätzlichen sogenannten Rentensysteme durch "Kapitalisierung"
- Die Harmonisierung (aber nach unten, indem man sie also ungünstiger macht) mehrerer Pensionsregimes des öffentlichen Sektors (siehe weiter unten)
- ...,
- Oder auch die Bestrafung der Jahre (oder Perioden) der Inaktivität, die gleichgestellt bleiben (vor allem Arbeitslosigkeit und Frühpension, siehe weiter unten).

**Zweitens.** Indem die Föderalregierung so handelt, das heißt durch die Widerlegung des Schlüsselementes des Berichtes dieser zwölf Experten in Rentenfragen - dem Ergebnis mehrerer Jahre Arbeit - vermittelt sie ganz klar den Eindruck, dass sie nicht vor hat, das gesetzliche System der Renten (der "erste Pfeiler") deutlich und vorrangig zu reformieren. Die Föderalregierung hat aus dem Bericht höchstens einige Wege "herausgefischt". Umso mehr als sie angekündigt hat, ein neues (x-tes) System individueller und freiwilliger Zusatzpension einzurichten...eine Art zweiter Pfeiler bis (Gruppenversicherung) durch Abzüge vom Lohn (also über den Arbeitgeber), durch Gewährung der gleichen steuerlichen und indirekten Steuervorteile...aber ohne die Garantie für Rendite und den Schutz, die für die aktuellen Systeme der Gruppenversicherungen bestehen!

Anders gesagt und als Schlussfolgerung für den, der zwischen den Linien lesen kann, die Projekte der aktuellen Föderalregierung zur Reform der Renten bestehen darin, das gesetzliche Regime der Renten weiter zu schwächen (dabei schlug die Expertenkommission das Gegenteil vor) und einen weiteren Steuervorteil zu verleihen, vergleichbar mit dem des dritten Pfeilers (wie Pensionssparen oder Lebensversicherung). Ganz klar wird dieser Vorteil (steuerlich und lohnmäßig) in der Hauptsache - oder selbst ausschließlich - den hohen Gehältern nutzen, durch eine weitere Erhöhung der Lohnobergrenze für die Berechnung der Rente. Weisen wir darauf hin, dass auf Grund der heutigen Regeln der Lohn über 53.528,57 € nicht mehr für die zukünftige Rente berücksichtigt wird (selbst wenn nicht begrenzte Sozialbeiträge trotzdem abgezogen werden). Im Rahmen seines Projektes der Einrichtung eines ergänzenden individuellen Regimes des Pensionssparens plant D. Bacquelaire diese Obergrenze (Betrag) zu erhöhen.

Die Projekte der aktuellen Föderalregierung zur Reform der Renten bestehen darin, das gesetzliche Regime der Renten weiter zu schwächen.

Wenn es so wie es ist eingesetzt wird, wird diese Maßnahme unweigerlich:

- Das Regime der gesetzlichen Rente (erster Pfeiler) schwächen, das, selbst wenn es weit davon entfernt ist, perfekt zu sein, was den Kampf gegen die Armut und die Ungleichheiten betrifft, doch eindeutig das solidarischste und gerechteste bleibt. Auch der beste Schutzwall der in Belgien besteht gegen die Verunsicherung der Senioren.
- Den Unterschied zwischen den niedrigsten und mittleren Pensionen und den höchsten beschleunigen und verschärfen.
- Das Risiko dieses Finanzproduktes (bei Börsencrash oder starkem Renditeverlust,..., oder sogar dem Bankrott / Konkurs der betreffenden Versicherungsgesellschaft) nur auf die Schultern der Arbeitnehmer abwälzen.
- Die Basis der Staatseinkünfte ein bisschen mehr schwächen in Anbetracht der Steuervorteile, die den Arbeitnehmern gewährt werden, welche diese ergänzende Rentenversicherung unterzeichnen. Es handelt sich also um nicht mehr und nicht weniger als um eine weitere Steuernische, die das belgische Steuersystem komplexer und ungerechter machen wird (weil nur zugänglich für die Einzigsten, die bereits über die höchsten Einkommen verfügen).

## **Die Regierung Michel begrenzt die sogenannten "gleichgestellten" Perioden**

In ihrem letzten Bericht haben die Experten der Kommission präzisiert, dass sie in der Zukunft nicht das Ende, aber eine niedrigere Berücksichtigung der gleichgestellten Perioden der Untätigkeit für die Berechnung der Renten wünschten.

Einfach gesagt stützt die "Schwedenkoalition" sich auf gewisse spezifische Arbeiten der Kommission und will nun die Buchung der langen Zeiten der Arbeitslosigkeit (einschließlich der wirtschaftlichen Arbeitslosigkeit, den Regimes des Zeitkredits mit Begründung, usw.) und der Krankheit für die Berechnung der Renten viel dramatischer begrenzen. Mit anderen Worten die sogenannten "gleichgestellten" Perioden.

Dies ist natürlich ein bedeutendes Projekt, denn in Belgien stellen die gleichgestellten Perioden im Durchschnitt 39% der Laufbahn der Arbeiter und...53% der Arbeiterinnen dar! Die Regierung Michel zielt spezifisch auf die Perioden der Arbeitslosigkeit und der Frühpension<sup>2</sup> oder greift sie an. Man plant, die Gleichstellung dieser Perioden in Zukunft auf nur ein Jahr zu begrenzen. Also eine Höchstzahl von 312 "All in" gleichzustellender Tage...für die Gesamtheit der Laufbahn! Das bedeutet, dass diese 312 Tage (Arbeitslosigkeit und / oder Frühpension zusammengefasst) für die Berechnung der Rente berücksichtigt werden auf Basis des letzten erhaltenen Lohnes. Jeder Tag über den 312. hinaus nimmt nicht mehr Teil an der Berechnung der Rente. So dass in einer solchen Situation die Rente nur noch berechnet wird auf Basis des Minimums pro Laufbahnjahr (nämlich 23.375 €). Um so zahlreiche Arbeitnehmer zu bestrafen. Insbesondere jene, die in Sektoren arbeiten, wo die Löhne niedrig sind und die wirtschaftliche Arbeitslosigkeit immer wiederkehrt (Nahrungsmittelsektor, Gärtnerei, Bausektor und die öffentlichen Arbeiten). Sind also die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen, die sich in folgenden Situationen befinden:

- Teilzeitarbeitnehmer, die als Arbeitssuchende eingetragen sind, weil sie eine Vollzeit Arbeitsstelle suchen;
- Diejenigen, die gezwungen sind, abwechselnde Zeitarbeitsverträge mit Zeiten der Arbeitslosigkeit abzuschließen (Interim oder wiederholte Verträge mit bestimmter Dauer)
- Diejenigen, die regelmäßig durch ihre Arbeitgeber in wirtschaftliche Arbeitslosigkeit geschickt werden;
- Diejenigen, die heute im Arbeitslosenregime mit Arbeitgeberzusatz (SAB, das heißt ehemalige Frühpension) sind;
- Die Personen, die über das "normale" Regime der Frühpension entlassen wurden, das heißt außerhalb des Regimes "schwere Berufe" oder deren Unternehmen nicht als in Schwierigkeiten anerkannt wurde oder in Folge einer Kollektiventlassung und also außerhalb der Situation eines Unternehmens in Umstrukturierung.

In Belgien stellen die gleichgestellten Perioden im Durchschnitt 39% der Laufbahn der Arbeiter und...53% der Arbeiterinnen dar.

## **Die Verpackung der Statute und der Rentenregime im öffentlichen Dienst**

Außer den seit fast zwei Jahren durchgeführten dunklen Haushaltseinsparungen im Funktionieren der öffentlichen Dienste (über die Schließung von Standorten, pensionierte Beamte werden nicht ersetzt, usw.), hat die "Schwedenkoalition" ab Mitte 2016 mehrere drastische Maßnahmen ergriffen, um das Statut und die Rente mehrerer Kategorien öffentlicher Bediensteter deutlich zu schwächen.

Einige Beispiele:

- Die Angleichung von verschiedenen Regimes die spezifisch sind für die Beamten betreffend Krankheit und Berechnung der Rente auf die Regeln des Privatsektors.

- Als Folge der kürzlich erfolgten Überarbeitung (Harmonisierung) der Modalitäten zum Aufkauf<sup>4</sup> der Studienjahre, das Ende der kostenlosen Berücksichtigung der Jahre höherer Studien eines Beamten für die Berechnung seiner Rente.
- Die progressive Erhöhung des Rentenalters des Militärs und der Zugführer bei der belgischen Eisenbahn, um es 2020 auf 63 Jahre anzuheben.
- Die Streichung des sogenannten Systems der "Vorzugstantiemen". Dadurch erhalten gewisse Kategorien von Beamten die Möglichkeit, einem Jahr der Laufbahn mehr Gewicht (für die Berechnung der Rente) zuzuweisen...was einigen erlaubt, vorzeitig in Rente zu gehen.

Beispiel. Da ein normales Tantieme im öffentlichen Dienst 1/60 darstellt, dass die Lehrer in den Genuss einer Tantieme von 1/55 kommen und daher für letztere ein Laufbahnjahr 1,09 Jahre wert ist, wird die Streichung dieses Vorzugssystems in der Zukunft die Dauer ihrer Laufbahn unweigerlich verlängern.

## Schlussfolgerungen

Seit ihrer Einsetzung Ende 2014, Reform nach Reform (Gesetz Peeters, Indexsprung, Einfrieren der Löhne), Haushalt nach Haushalt, hört die Regierung Michel nicht auf, die Aufgaben und Mittel der öffentlichen Institutionen zu schwächen, die Garanten sind für eine "gerechte" Umverteilung der Einkommen. Man könnte sagen, dass dies vorhersehbar war und dass es "legitim" ist für eine Regierung, die ausschließlich aus politischen Gruppierungen besteht, die sehr deutlich rechts verankert sind.

Außer dass das letzte bekannte Beispiel, nämlich die durch den Pensionsminister Daniel Bacquelaire vorgestellte Rentenreform den Tropfen darstellt und sehr klar einen Schritt mehr (zu viel?) darstellt zu einem System des "Jeder für sich" und des "Alles für die privaten Finanzinstitute"...Sie wissen: dieser unkontrollierbare Sektor, der massenhaft entlässt und das gesamte sozio-ökonomische System unüberlegten Risiken aussetzt!

Auch kann man sagen, dass die Mitglieder der Rentenkommission und die Gewerkschaften diese Pille sehr schwer geschluckt haben.

Gewerkschaften, die zu Recht außerordentlich wütend sind auf die Regierung Michel - De Wever.

Insbesondere weil diese Regierung für einen fundamentalen Einsatz der Gesellschaft (Rentenreform) seit ihrer Einsetzung ein weiteres Mal die Sozialkonzertierung ausgeschaltet hat und also die Gewerkschaften ausgebootet hat

Es ist also erforderlich, diese Politik und die Methoden der "Schwedenkoalition" um sie in Kraft zu setzen und mit Gewalt durchzubringen heftig abzulehnen. Gewiss, weil sie ungerecht sind. Aber auch weil sie durch eine inkompetente Regierung durchgeführt werden, die unfähig ist, die sozio-ökonomische Situation des Landes zu verbessern.

## Fußnoten

<sup>1</sup> Dazu die Analyse von Stéphane Balthazar, November 2016 auf [www.dautresreperes.be](http://www.dautresreperes.be): "Budget de l'Etat 2017. Une fois de plus, comme on le dit en wallon "c'est todi les p'tits k'on spotche"".

<sup>2</sup>. Eine Kommission, zusammengesetzt aus 12 Experten in Rentenfragen (oder Kommission für die Reform der Renten 2020 - 2040, eingesetzt 2013 durch die Regierung Di Rupo, auf Initiative des damaligen Pensionsministers Alexander De Croo - Open VLD), deren Vorsitzender ein flämischer Sozialist ist, der ehemalige Minister Franck Vandenbroucke.

<sup>3</sup> Wichtige Präzisierung: die Regierung Michel erneuert nichts. Sie führt einfach einen Strafmechanismus weiter, der durch die vorherigen Regierung eingeführt wurde, die bereits die Ausbuchung gewisser Perioden der Arbeitslosigkeit und der Frühpension eingeführt hatten, durch Einführung eines leicht niedrigeren Höchstbetrages (eine der Maßnahmen des "Solidaritätspaktes zwischen den Generationen")Danach hat man die Gleichstellungen für bestimmte spezifische Kategorien der Untätigkeit vermindert indem die Rente auf Basis des Mindestbetrages pro Laufbahnjahr (aktuell 23.375 €) berechnet wird anstatt des letzten

erhaltenen Lohnes. Seit 2012 ist dies der Fall für die konventionellen Frühpensionierten, die Arbeitslosen in der 3. Periode sowie die Zeitkredite Laufbahnende und Laufbahnende vor 60 Jahren.

<sup>4</sup> In Zukunft wird ein Pauschalbeitrag von 1.500 € aufgekauftes Jahr zu zahlen sein, gleich ob man Lohnempfänger im Privatsektor, Beamter oder Selbständiger ist. Und dies während der zehn ersten Jahre nach dem Ende der Studien.